

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 09/2011

18. Jahrgang

38. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Dezember 2011

„Neubewertung“ des Staudenhofes: Haus Am Alten Markt 10 soll bleiben

182 Mieter können aufatmen



Die Mieter Am Alten Markt 10 können aufatmen: Der Erhalt des Hauses ist sehr wahrscheinlich.

Ein Paukenschlag zum Schluss der Stadtverordnetenversammlung: Baubeigeordneter Matthias Klipp geht zur Sprecherin der Mieterinitiative „Pro Staudenhof“, Gabriele Ritter, die gerade zuvor an die Stadtverordneten appelliert hatte, die 182 Wohnungen Am Alten Markt 10 zu erhalten, und versichert per Handschlag: Er könne ihr versprechen, sie werde noch jahrelang dort wohnen können. Ein Sinneswandel schien in der Verwaltung und bei der Mehrheit der SVV vor sich gegangen zu sein, denn seit Jahren versucht DIE LINKE, eine solche Zusage zu erreichen. Mehrere ihrer Beschlussvorlagen wurden immer wieder mehrheitlich abgelehnt. Die LINKE hatte sogar ihre Stimme für das Leitbautenkonzept für die Wiederherstellung der historischen Mitte nur aus dem Grund verweigert, weil der Block Am Alten Markt 10 nicht aus der Betrachtung herausgenommen wurde. Und jetzt der Auftritt des Baubeigeordneten: „Die Zeit ist reif für eine Neubewertung“, Potsdams Wohnungsmarkt stehe unter enormem Druck, die Wohnungen dort müssten erhalten bleiben, sie seien (mit einer durchschnittlichen Miete von 6,38 g/qm) sogar eine „Cash Cow“ (Bar-Gewinn)-Position der

Pro Potsdam, der Block stehe nicht dem Leitbautenkonzept entgegen, könne in die Gestaltung einbezogen werden. Für einen städtebaulichen Wettbewerb, wie DIE LINKE in ihrem Antrag vorgeschlagen hat, sei eine konkrete Aufgabenstellung zu formulieren. Klipp stellte eine Machbarkeitsstudie im kommenden Jahr in Aussicht.

Ein Überweisungsantrag von Saskia Hünecke (B 90/Grüne), erst im Bauausschuss darüber zu beraten, wurde mehrheitlich abgelehnt – und dann die große Überraschung: Eine große Mehrheit stimmte für den Antrag der LINKEN, der mit „Wohnen im historischen Stadtzentrum“ überschrieben war. Im Beschluss heißt es: „Es wird angestrebt, das Haus Am Alten Markt 10 zu erhalten. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt wird, in dem die Einpassung des Wohnhauses der PRO POTSDAM am Staudenhof in die künftige Gestaltung des historischen Stadtzentrums zur Diskussion gestellt wird. Ziel ist dabei, preiswertes Wohnen auch im künftig neu gestalteten historischen Stadtzentrum durch den Erhalt des kommunalen Wohnungsbestandes zu ermöglichen.“

Mit auf den Weg...

Gewichtige Themen standen auf der Tagesordnung der Dezembersitzung, die mit 141 Punkten rekordverdächtig und so gar nicht weihnachtlich war. Deshalb auch wieder eine Fortsetzung. Der Haushaltsplan für 2012 wird jetzt in den Ausschüssen beraten.



Den Entwurf für den Bebauungsplan Uferweg Griebnitzsee möchten wir dagegen sofort freigeben zur öffentlichen Auslegung, um Zeit zu sparen. Beim erneuten Streit um die Straßenreinigung haben sich die Stadtverordneten nicht von den massiven Drohungen des Oberbürgermeisters beeindrucken lassen. Erfreulich ist die breite Zustimmung zu unserem Antrag, das Haus am Alten Markt 10 zu erhalten. Ebenso die Zustimmung zum Lärmschutz an der Nutheschneelstraße, den wir erneut eingefordert haben. Breite Unterstützung fand auch unser Anliegen, den Abriss der Turnhalle der Marienschule zu verhindern, um einen durchgängigen Sportunterricht an der Griebnitzseeschule zu ermöglichen. Bei all diesen Themen haben wir damit einen Fortschritt, aber noch keine abschließende Lösung erreicht. Es gilt also, weiter dranzubleiben, so z.B. auch beim Thema Tierheimneubau, bei dem unserem Antrag, in veränderter Form, zugestimmt wurde. Mit unseren Anträgen und vielfältigen Anstrengungen haben wir in diesem bewegten Jahr viel erreicht, z.B. bei der Erhöhung der Attraktivität der Wohngebietszentren am Stern, am Schlaatz und in Zentrum Ost. Mehr Transparenz soll es hoffentlich schon 2012 durch die von uns geforderte Live-Übertragung der Sitzungen im Internet geben. Vielleicht kann auf diesem Wege auch die Vorbereitung der Bürgerbefragung zum Badstandort auf eine breitere Basis gestellt werden.

Ein frohes Weihnachtsfest wünscht Ihnen
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, MdL,
Fraktionsvorsitzender

**Wir wünschen allen
Leserinnen und Lesern eine
besinnliche Advents- und
Weihnachtszeit und einen
guten Start ins Jahr 2012.**

Plädoyer für meinen Kiez

Seit 1976 bin ich Stern-Bewohner und bin es immer noch gern. Das von vielen abfällig als Platte bezeichnete Wohngebiet ist mir lieb und vertraut geworden.



So ist es gelungen, den Schulcampus zu entwickeln und optisch gut in das Umfeld zu integrieren. Dazu gehört auch die Musikschule, die im September eingeweiht wurde. Sie bietet neben Musikunterricht Veranstaltungen, die unseren Alltag bereichern.

Auch das Bürgerhaus „Sternzeichen“ ist fester Bestandteil unseres WG. Hier finden außer den monatlichen Kabarettveranstaltungen verschiedene Kurse für Jung und Alt statt sowie viele Familienfeiern. Es lohnt sich reinzuschauen!

Der Keplerplatz, Mittelpunkt unseres WG, hat sich tüchtig gemauert und wird vom bunten Marktreiben beherrscht. Der Komplex des Orions beinhaltet verschiedene kleine Geschäfte und die REWE-Kaufhalle.

Der Schandfleck der alten Kaufhalle ist verschwunden und der Bau von 118 Wohnungen schreitet zügig voran. Somit ergibt sich die Möglichkeit für ältere Sternbewohner, altersgerecht zu wohnen und ihrem vertrauten Kiez die Treue zu halten.

Sparkasse und Friseur präsentieren sich in einem schicken, modernen Ambiente. Für sportliche Betätigung und gesundheitliche Betreuung ist ebenfalls gut gesorgt. Wir haben eine Schwimmhalle, einen Sportplatz und ein Ambulatorium. Zum Bummeln ins Stern-Center bzw. Möbelhaus PORTA ist es auch nicht weit, denn die Verkehrsanbindungen sind optimal. Ob Omnibus oder Straßenbahn, wir sind schnell im Zentrum von Potsdam.

Sicher gibt es noch Schwachstellen, benennen Sie sie und helfen Sie mit, diese zu beseitigen. Es lohnt sich, denn in unserem Kiez ist Wohnen zu erschwinglichen Mieten noch möglich.

Gudrun Hofmeister

Persönliche Verantwortlichkeit Bertiniweg

Einstimmig angenommen wurde der Antrag der LINKEN, der den Oberbürgermeister auffordert, „der Stadtverordnetenversammlung im Februar 2012 nach einer entsprechenden Untersuchung mitzuteilen, wer dafür verantwortlich ist, dass den Besitzern der Eigenheime im B-Plangebiet Bertiniweg trotz entsprechender Kaufanträge kein Vorkaufrecht gewährt worden ist.“

Wagenhausburg Hermannswerder

Mit einem Erweiterungsantrag der SPD wurde der ursprüngliche Antrag der LINKEN zur Prüfung einer dauerhaften Lösung für die Bewohner der Wagenhausburg auf Hermannswerder mehrheitlich beschlossen. Jetzt heißt es in dem Antrag, bis April 2012 entweder eine vertragliche Grundlage über fünf Jahre hinaus herzustellen, oder aber bei spezialisierten Verwertungsinteressen ernsthaft mit den Bewohnern über vertretbare Alternativstandorte zu verhandeln.

Tierheimneubau

Ein bereits im August 2011 von der LINKEN verfasster Antrag ist nun – nach den Beratungen in den Ausschüssen in einer Zusammenfassung des Haupt-

ausschusses – beschlossen worden. Danach werden die bisher von den Stadtverordneten gefassten Beschlüsse aus den Vorjahren aufgehoben, und die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein planungsrechtlich geeignetes Grundstück (z.B. Marquardter Straße) für den Bau einer Betreuungseinrichtung für Tiere auf dem Wege eines Vergabeverfahrens einem Betreiber zum Kauf/zur Erbbaupacht anzubieten. Kriterien für einen potentiellen Standort seien vor allem der Natur- und Tierschutzgedanke als auch die Unterstützung der zahlreichen ehrenamtlichen TiereschützerInnen. Die potentiellen Standorte sind der Hauptausschusssitzung am 21. Dezember 2011 vorzulegen.

Handlungskatalog Aufsichtsratsmitglieder

Mehrheitlich beschlossen wurde ein Antrag der LINKEN, dass den Stadtverordneten im Januar 2012 der Vorschlag eines Handlungskataloges für Mitglieder von Aufsichtsräten in städtischen Unternehmen vorgelegt wird. „Dieser Katalog soll insbesondere darauf gerichtet sein, mehr Transparenz zu erreichen, indem den Aufsichtsratsmitgliedern, ausgehend von ihren Rechten und Pflichten, mehr Sicherheit im Umgang mit der Verschwiegenheitspflicht gegeben wird“, heißt es im Antrag.



Abgelehnt

Erweiterung von Aufsichtsräten

Einen Antrag DER ANDEREN hatte die LINKE in einem Änderungsantrag so modifiziert, dass der Oberbürgermeister einen Vorschlag zur Erweiterung der Aufsichtsräte der kommunalen Unternehmen vorlegen soll. Ziel sei es, möglichst viele Fraktionen an der demokratischen Kontrolle der Unternehmen zu beteiligen. Der Antrag wurde knapp abgelehnt.



Noch zu behandelnde Anträge der LINKEN auf der Fortsetzungssitzung am 12. Dezember 2011

■ Gedenkstätte Lindenstraße 54 als Bestandteil des Potsdam Museums entwickeln (überwiesen in den Kultur- und den Hauptausschuss)

■ Aufhebung des Beschlusses zum Bau eines Sport- und Freizeitbades im Bornstedter Feld und Vorbereitung der Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg und des Baus eines Kiezbades im Bornstedter Feld (überwiesen in den Hauptausschuss und den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen)

Gesellschafter PRO POTSDAM

Ein Änderungsantrag der LINKEN, im Aufsichtsrat der PRO POTSDAM auch den kleinen Fraktionen einen Sitz zu ermöglichen, wurde abgelehnt. Gerade nach dem notwendigen Einsatz einer Transparenzkommission sei eine breitere Mitwirkung aller Fraktionen notwendig, um die Tätigkeit der städtischen Unternehmen transparenter zu gestalten, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg. Die LINKE hätte bei einer Aufstockung auf insgesamt 13 Aufsichtsratsmitglieder einen ihr zustehenden dritten Aufsichtsratsplatz an DIE ANDEREN abgegeben.

■ Prüfung, ob der Bus der Linie 696 (Robert-Baberske-Str.) während der Umleitung der Regionalexpresslinien 1 und 7 auch an Wochenenden fahren kann (beschlossen)

■ Geschäftsführung der Stadtwerke Potsdam aus den Geschäftsführern der EWP, STEP und des ViP bilden (überwiesen in den Hauptausschuss)

■ Gewerbeansiedlung im Kirchsteigfeld zum Schwerpunkt der städtischen Wirtschaftsförderung machen (beschlossen)

Die Folgen eines zu kurz gedachten Vertrages

Gedacht war es im Dezember 2010 etwa so: Die Stadt verkauft einen halben Schulstandort samt Turnhalle am Griebnitzsee an das Erzbistum Berlin-Brandenburg für den Bau eines katholischen Schulzentrums, verwendet den Erlös für die Sanierung des ihr verbliebenen Grundschulgebäudes und mietet sich in der neuen Turnhalle der katholischen Schule ein – ein SPD-Antrag, der von der LINKEN abgelehnt worden war.

Gekommen ist es nun ganz anders: Die alte (noch intakte) Turnhalle soll ab 30. Januar abgerissen werden, obwohl der Neubau in weite Ferne rückt, denn der Baubetrieb ist insolvent, der ursprüngliche Fertigstellungstermin April nicht mehr realisierbar. Zudem wird der Bau nun doch anders aussehen (12 statt 6 Meter hoch), und Klagen der Anwohner sind bereits angekündigt, die die Fertigstellung weiter verzögern würden. Das Erzbistum hält aber am Abrisstermin fest, obwohl eine neue Turnhalle nicht absehbar ist.

Die ohnehin schon mindestens achtwöchige turnhallenlose Zeit im Winter stand sowieso schon unter massiver Kritik vor allem der Elternvertretung – jetzt schlugen die Eltern Alarm, weil die intakte Turnhalle abgerissen werden soll, ohne dass bis zum Schuljahresende eine neue Turnhalle zur Verfügung steht. Dr. Rainer Möller, der Vorsitzende der Schulkonferenz, hatte in einer von der LINKEN beantragten



Die Betonstützen der 12 Meter hohen Turnhalle recken sich bereits, gleich hinter den Eigenheimgärten, in die Höhe.

Rede eindringlich an die Stadtverordneten appelliert, dieses nicht zuzulassen.

Stefan Wollenberg begründete den Antrag der LINKEN und entlastete die Schulverwaltung, die ihr möglichstes getan habe, aber „der Kommunale Immobilienservice (KIS) hat uns verschaukelt“, das Erzbistum handele vertragsgerecht. Laut Kaufvertrag habe der Eigentümer das Recht, ab 30.11.2011 die Turnhalle abzureißen und von da an zwei Jahre Zeit, eine neue zu bauen. Diese Zeit könne sich sogar verlängern, wenn der Neubau durch

äußere Einwirkungen verzögert werde. Dass es keine rechtliche Handhabe mehr gebe, bestätigte auch Iris Jana Magdowski, die zuständige Beigeordnete. Sie werde mit Rückenstärkung durch den Beschluss der SVV erneut mit dem Bistum verhandeln, die zuvor einvernehmlich vereinbarte Ausfallzeit von maximal 8 Wochen einzuhalten. Das letzte Wort ist indes zu diesem Thema wohl noch nicht gesprochen, denn Stefan Wollenberg sieht hier einen eindeutigen Verstoß des KIS gegen Beschlüsse der SVV.

Lärmschutz an der Nuthe-Schnellstraße

Gerd Malinowski beschrieb, dass sich trotz immer wieder vorgetragener Hinweise und Kritiken sich nichts getan habe für den Lärmschutz an der Nuthe-Schnellstraße. Der Fahrzeuglärm und die Notwendigkeit von Lärmschutz bestehe nicht nur auf der Humboldt-Brücke, sondern bis zum Güterfelder Kreuz. Die Anlieger hätten zwar begriffen, dass das Land Träger der Straße und damit für den Lärmschutz verantwortlich sei, aber „wir sind Einwohner der Stadt“, deren Interessen durch die Stadt dem Land gegenüber zu vertreten seien.

DIE LINKE hatte das Thema wiederholt auf die Tagesordnung gesetzt, diesmal untersetzte Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag mit der Voraussicht, dass durch die Inbetriebnahme des Flughafens BER

der Verkehr noch weiter zunehmen werde. Gemäß Antrag soll der Oberbürgermeister Gespräche zur Gewährleistung des Lärmschutzes mit dem Land führen. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Drewitz-Park endgültig vom Tisch

Der Investor hatte mit Dr. Ehlers noch einmal einen Redner aufgebeten, der bei den Stadtverordneten für die entsprechende Änderung des B-Planes Nr. 18 Kirchsteigfeld werben sollte. Nach rund einem Jahr voller Diskussionen mit der schnell entstandenen Bürgerinitiative und in den Ausschüssen war von dem ursprünglich anvisierten Einkaufs- und Gewerbezentrum auf der bisher ungenutzten Brache am Modell-Wohngebiet nur noch wenig geblieben. Aber die Bürgerinitiative, deren Standpunkt Jacqueline Bellin vortrug, lehnte auch den aus-

gehandelten „Kompromiss“ ab, denn der Wald dürfe nicht geopfert werden. Selbst der Appell von Matthias Klipp, es werde ohne den Investor über Jahre keine Erschließungsstraße für das Gewerbegebiet geben, lief ins Leere.

Und so stimmten die Stadtverordneten zunächst mehrheitlich dem Antrag der LINKEN zu, dass erst abschließend über den Flächennutzungsplan entschieden werden muss, ehe eine Änderung des B-Planes Nr. 18 Kirchsteigfeld beschlossen werden kann.

Als Planungsziele wurden die Entwicklung des Mischgebietes nördlich des Priesterweges zum Allgemeinen Wohngebiet, eine Erweiterung der Nahversorgung und eine flexiblere Bebaubarkeit des bereits festgesetzten Gewerbegebietes bestimmt. Abgelehnt wurde der Punkt, in dem Waldflächen für eine Erschließungsstraße zu einer Erweiterung des Gewerbegebietes geopfert werden müssen.

**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenver-
sammlung Potsdam**

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn
jeweils 18 Uhr
09.; 16. und 23. Januar 2012; 06.; 13.;
20. und 27. Februar 2012; 05. und
12. März 2012

**40. Sitzung der Stadtver-
ordnetenversammlung Potsdam**
Stadthaus, Plenarsaal
25. Januar 2012, Beginn 15 Uhr

**Frühschoppen
„Rathausreport live“**
Club g1, Kastanienallee 22d, Stadt-
teil Potsdam West
29. Januar 2012, Beginn 10 Uhr

**Ausgabe „Rathausreport“
Nummer 1/2012**
Stadthaus, Raum 3.107
03. bis 08. Februar 2012 (außer
Sa. und So.)

**Info-Stände in den Stadtteilen:
03. Februar 2012**

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am
Stern
15:30 Uhr Havel-Nuthe-
Center / Drewitz
16:00 Uhr Haltestelle
Fr.-Wolf-Str./
Waldstadt II

04. Februar 2011
10:00 Uhr Weberplatz/
Babelsberg
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteig-
feld

**Bürgersprechstunde
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL,**
am 20. Dezember 2010 von 16.30
bis 17.30 Uhr im Bürgerbüro, Ga-
lileistraße 37/39 (Bürgerhaus
Stern*Zeichen)
Anmeldungen sind möglich
unter: Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Fußweg Galileistraße

Gudrun Hofmeister fragte, wann mit einer Reparatur bzw. Erneuerung des viel genutzten Fußweges Am Stern entlang des Sportplatzes gerechnet werden könne. Matthias Klipp erklärte, dass der Weg nicht in der Investplanung sei, daher nur aus den Erhaltungsmitteln, also nur zur Gefahrenabwehr punktuell repariert werden könne.

Barrierefreier Zugang

Der barrierefreie Zugang zum „Bürgerverein Steinstücken 80 e.V.“ war mit dem Ausbau der Steinstraße beseitigt worden. Wann ist mit einer Wiederherstellung zu rechnen, fragte Jana Schulze. Dieses Problem habe man bisher nicht wahrgenommen, räumte Matthias Klipp ein, es werde kurzfristig gelöst.

Umbau Konrad-Wolf-Allee

Da die Bauarbeiten in der Konrad-Wolf-Allee im Mai 2012 beginnen sollen, wollte Jana Schulze wissen, wie die Terminkette für die Vorlagen an die Ausschüsse und die SVV eingehalten werden soll. Das Werkstattverfahren habe länger gedauert als vorgesehen, begründete Matthias Klipp, dafür sei aber ein Konsens mit den Bürgern erreicht

Polit-Frühschoppen Rathaus-Report Live in Babelsberg

An der Bauaufsicht werde es nicht scheitern, dass die alte Turnhalle am Griebnitzsee so lange stehen bleiben kann, bis die neue gebaut ist, versicherte der Baubeigeordnete Matthias Klipp, der zum Frühschoppen der Links-Fraktion ins Babelsberger Thalia-Café eingeladen war. Er nahm Bezug auf die Argumente, die am Vortrag in der Presse veröffentlicht worden waren, dass die alte Sporthalle der Feuerwehr die Zufahrt verwehre. Die alte Halle müsse unbedingt stehen bleiben, weil es bei den angekündigten Klagen von Anwohnern nicht nur um Verzögerung, sondern gar um Verhinderung des Neubaus gehe. Schließlich sei es eine Turnhalle für die Kinder beider Schulen, so auch die der Marienschule, betonten die Elternsprecher der staatlichen Grundschule. Den Kleingärtnern mit ihrem Wunsch nach einem schnell zu erarbeitenden rechtsverbindlichen Bebau-

ungenplan machte Klipp wenig Hoffnung. Die Bauverwaltung arbeite nach Prioritäten und es gebe keine Handlungsnotwendigkeit. Schließlich gebe es das grundsätzliche Bekenntnis der SVV für die bestehenden Kleingartenanlagen, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg.

**Wartehäuschen
Kaiser-Friedrich-Straße**

Ralf Jäkel hatte sich schon selbst gekümmert und eine Zusage erhalten vom ViP-Geschäftsführer für Überdachungen der beiden vor zwei Jahren eingerichteten, intensiv genutzten Bushaltestellen am Netto-Markt in der Kaiser-Friedrich-Straße. Die Buswartehäuschen seien in der Prioritätenliste für 2014 eingeordnet, meinte Matthias Klipp, es sei zu klären, wie der Verkehrsbetrieb Zusagen über Leistungen der Stadt geben kann.

Feinstaubreduzierung

Mit welchen Maßnahmen zur Feinstaubreduzierung in der Zeppelinstraße die Anwohner rechnen können, wollte Klaus-Uwe Gunold wissen. Elona Müller-Preinesberger verwies auf den Luftreinhalteplan, der gerade ausgelegt wird. 30 Lichtsignalanlagen werden nach umweltorientiertem Verkehrsmanagement für gleichmäßigen Verkehrsfluss umgerüstet, bis zum Januar die in der Zeppelinstraße.



Jahres-Abo Rathausreport:

Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den "Rathausreport" abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende für das Jahr 2012 für 9 Ausgaben 9 Briefmarken à 0,60 € an die Fraktion.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenerwerbstätten gGmbH Potsdam